

Inserate, bei der zweiten
Verbreitung d. Bl. von großer
Wirkung, sind Montag 8,
Mittwoch 8 und Freitag 8
bis spätestens vormittags
9 Uhr aufzugeben. Preis für
die gespaltene Corpusteil
ober deren Raum 12 Pf.
(tabellarische und komplizierte
nach Abereinkunft).

„Eingefandt“ unterm Strich
80 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-
sprechender Rabatt.

Sächsische Selbstzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau,
sowie für den Stadgemeinderat zu Sohnslein.

Mit „Illustrirt. Sonntagsblatt“.

Mit humor. Beilage „Seifenblasen“.

Mit „Landwirtschaftl. Beilage“.

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Haukenstraße 184, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Bogler, Inwaldbant und Rudolf Rosse, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 14.

Schandau, Donnerstag, den 2. Februar 1905.

49. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Widerruf.

Die von mir auf Freitag, den 3. d. Mts., vorm. 10 Uhr im hiesigen
Versteigerungsorte anberaumte Versteigerung **wird aufgehoben.**
Schandau, am 1. Februar 1905.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Nachdem der bisherige Ratskassier

Karl Willy Berger, hier

als Expedient bei dem unterzeichneten Stadtrate und beim königlichen Standesamte,
sowie als Hilfsarbeiter bei der Sparkasse, der königlichen Standesamts-, der Ratsportel-
und Straßengeldkasse zu Schandau in Pflicht genommen worden ist, geben wir dies
hiermit öffentlich bekannt.

Schandau, am 31. Januar 1905.

Der Stadtrat.
Wick, Bürgerm.

Holzversteigerung: Mittelndorfer Staatsforstrevier.

Montag, den 13. Februar 1905, vorm. 1/2 10 Uhr,

im Hotel „Eindenhof“ in Schandau:

376 w. Stämme, 47 h. u. 6603 w. Röhler, 15 w. Derbstangen, 300 w. Reisstangen.
Aufbereitet, Abt. 10, 11, 42, 66 (Kahlschläge), Durchforstungs- und Einzelhölzer,
Abt. 77, 42.

Dienstag, den 14. Februar 1905, vorm. 10 Uhr,

in der Restauration „Al. Wasserfall“, Kirnitzschalstraße:

60 rm h. u. w. Scheite, 69 rm h. u. w. Knüppel, 12 rm h. und w. Faden, 69,5 rm
h. u. w. Keste, 91 rm w. Stöcke. Aufbereitet in den Abt. 10, 11, 22, 31, 32, 34,
39—44, 47—51, 66, 71.

Königl. Forstrevierverwaltung Mittelndorf zu Altendorf und Königl.
Forstrentamt Schandau, am 30. Januar 1905.

Meißner.

Krug.

Nichtamtlicher Teil.

Bestellungen

auf die Monate Februar und März der
Sächsischen Selbstzeitung
werden zum Preise von **Mk. 1.—** noch angenommen bei
Herrn Kaufmann **Albert Knüpfel**, Bastelplatz,
Bädermeister **Oswald Heine**, Badstraße,
„**Oswald Förster**, Marktstraße
und in unserer **Geschäftsstelle**, Haukenstraße, sowie
von **sämtlichen Zeitungsboten.**

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Nachrichten über das Befinden des Prinzen
Eitel Friedrich von Preußen lauten jetzt im all-
gemeinen immer besser. So befragt der am Dienstag
abend 8 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht folgendes:
Prinz Eitel Friedrich hat heute einen ziemlich guten
Tag verbracht. Atemnot und Schmerzen geringer;
Temperatur 37,4.

Der Kaiser besichtigte am Montag morgen mit
dem Prinzen Heinrich die Gewerhausstellung im alten
Berliner Akademiegebäude, wo auch Fürst Solms-Baruth
eintraf, unternahm einen Spaziergang im Tiergarten,
besuchte den Reichstanzler und hörte im königlichen
Schlosse die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts und
des Ministers Freiherrn von Hammerstein.

Der Reichstag nahm am Montag seine Verhand-
lungen nach mehrtägiger Pause mit der zweiten Lesung
des zweiten Nachtrags-Etats für Deutsch-Südwestafrika
wieder auf. Der Schatzsekretär von Stengel richtete im
Namen des Reichstanzlers das Ersuchen um Indemnität
wegen dieser Ausgaben an das Haus und erklärte weiter
die Zustimmung des Bundesrates zu dem Reichstags-
beschlusse, betreffend die einstweilige Streichung der im
Nachtrags-Etat mit enthaltenen Forderung von 200000
Mark für Vorarbeiten zum Bau einer Eisenbahn von
Windhuk nach Rehobot. Nachdem der Zentrumsabgeord-
nete Prinz Arenberg Bericht über die Kommissionsver-
handlungen erstattet hatte, erklärte Abgeordneter Nebel,
dass die sozialdemokratische Fraktion den Nachtrags-Etat
und die Indemnitätsforderung ablehnen müsse, welche
Stellungnahme der sozialdemokratische Wortführer durch
allerlei Verlegenheitsphrasen zu begründen suchte. Durch-
aus sympathisch nuteten die Ausführungen des Reichs-
parteilers Arendt an, der sich für Bewilligung der
Regierungsvorlage und der verlangten Indemnität aus-
sprach und den deutschen Soldaten in Südwestafrika für
ihre Ausdauer und Tapferkeit dankte. Kolonialdirektor
Dr. Stübel verteidigte die Kolonialpolitik der Regierung
in Deutsch-Südwestafrika gegenüber den Angriffen des
Abgeordneten Nebel, hierbei auf verschiedene von letzterem
angeführte Spezialfälle eingehend. Im übrigen betonte
der Regierungsvortreter, dass an dem Herero-Aufstande
weder die Regierung noch die Ansiedler schuld seien. Für
die Regierungsvorlage äußerten sich dann aus dem Hause
noch weiter die Abgeordneten von Staudy (konf.), Spahn
(Zentr.), Müller-Sagan (fr. Volksp.), Dr. Baasche (nat-
lib.), Vattmann (wirtsch. Vereinig.) und Schrader (fr.
Vereinig.), doch hatten hierbei die Abgeordneten Spahn
und Müller-Sagan verschiedenes an der bislang in Süd-
westafrika verfolgten Kolonialpolitik zu tadeln. Gegen
die Regierungsforderungen sprachen sich der Sozial-
demokrat Südekum und der Pole Graf Melzynski aus;

Schatzsekretär von Stengel ließ sich abermals vernehmen,
um mehreren Ausführungen des Abgeordneten Südekum
entgegenzutreten. Schließlich genehmigte der Reichstag
den Nachtrags-Etat und die Indemnitätsforderung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus fanden
am Montag zunächst die Interpellationen des Zentrums
und der Nationalliberalen auf der Tagesordnung. Nach-
dem aber Handelsminister Müller darauf hingewiesen
hatte, dass dem Hause in wenigen Wochen die in Aus-
arbeitung befindliche Novelle zum Berggesetz zugehen werde,
wurde die Zentrums-Interpellation in aller Form zurück-
gezogen, die Interpellation der Nationalliberalen dagegen
von der Tagesordnung abgesetzt. Dann erörterte das Haus
den Justiz-Etat, dessen Kapitel „Einnahmen“ debattelos
bewilligt wurde. Nach längerer allgemeiner Debatte ge-
nehmigte das Haus den Ausgabenposten „Gehalt des
Ministers“ sowie noch einige andere Posten.

Die in Essen tagende Untersuchungskommis-
sion für die Beschwerden der streikenden Bergleute hat
am Montag ihre Tätigkeit begonnen.

Der Landtag des Großherzogtums Sachsen-
Weimar wurde am Montag Mittag 12 Uhr vom
Präsidenten von Notzhan in Anwesenheit des Staats-
ministeriums unter Führung des Staatsministers Rothe,
und unter Teilnahme fast aller Landtagsabgeordneten —
es fehlten nur zwei — eröffnet. Der Präsident gab
einleitend den Schriftenwechsel zwischen dem Landtags-
präsidenten und dem Großherzog anlässlich des Hinscheidens
der Erbgroßherzogin Pauline sowie der Großherzogin
Caroline bekannt. Unter den vor Eintritt in die Tages-
ordnung bekannt gegebenen Eingängen ist das Gesuch
der sämtlichen Gerichts-Vollzieher des Großherzogtums
um Erhöhung der Pensionen erwähnenswert. Von der
heutigen Tagesordnung wurde u. a. die Regierungsvorlage
um Genehmigung der Verwendung der Zinsabwürfe aus
der Karl Alexander-Stiftung genehmigt. Die Vorlage,
betreffend die Gründung eines Bergreserverfonds wurde
wegen voraussehender umfangreicher Debatten auf
Dienstag vertagt. Nach Beendigung der Beratungen
darüber wurde sofort in die zweite Lesung des neuen
Berggesetzentwurfes, wie er aus der Kommission kommt,
eingetreten. Die Beratungen darüber dürften voraussicht-
lich viele Sitzungen in Anspruch nehmen.

Dänemark.

In der Montagsitzung des dänischen Folk-
things wurden bei der Wahl des Präsidenten 96 Stimmen
abgegeben, von denen 61 auf den bisherigen Präsidenten
Trier fielen, während 35 Zettel unbeschrieben waren.
Trier erklärte, dass er, da die Lage sich nicht veränderte,
seitdem er das Folkething gebeten habe, ihm den Posten
des Präsidenten abzunehmen, es ablehne, die Wahl an-
zunehmen. Trier setzte sodann die Wahl des Präsidenten
auf die Tagesordnung der Dienstsitzung.

Oesterreich-Ungarn.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus ge-
langten am Montag die Gerüchte über eine angeblich
bevorstehende Besetzung mehrerer Punkte Russisch-Polens
durch österreichische Truppen, welche Intervention zwischen
der österreichischen und der russischen Regierung verein-
bart worden sein sollte, durch eine Interpellation des
Abgeordneten Wallis aufs Tapet. In seiner Erwiderung
erklärte jedoch Ministerpräsident von Gausch bestimmt,
dass diese Gerüchte jeder tatsächlichen Grundlage entbehrten.
Schließlich erklärte der Ministerpräsident in Beantwortung
von Interpellationen wegen Verwendung von Truppen-

teilen der gemeinsamen Armee bei den ungarischen Reichs-
tagswahlen, dass diese Verwendung dem Gesetze voll-
kommen entspreche. Das Haus setzte darauf die Notstands-
debatte fort.

Frankreich.

Der französische Senat setzte am Montag die
Beratung der Vorlage, betreffend die zweijährige Dienst-
zeit, fort.

Kriegsminister Berthelet richtete an die Korps-
kommandeure ein Rundschreiben bezüglich der Rolle der
Zeugen vor den Kriegsgewichten. Er bringt darin in
Erinnerung, dass die Immunität, die die Zeugen genießen,
nur auf die Befragungen im eigentlichen Sinne be-
schränkt ist. Die Zeugen treten aus ihrer Rolle heraus,
wenn sie sich auf eine Beurteilung von Tatsachen ein-
lassen. Im Gerichtssaale sind, wie anderswo, Militär-
personen zu absoluter Zurückhaltung verpflichtet.

In der zu Paris tagenden internationalen
Kommission zur Untersuchung des englisch-russischen
Zwischenfalles in der Nordsee haben die bisherigen
Zeugenaussagen dargelegt, dass die russische Behauptung
von der Anwesenheit japanischer Torpedoboote bei der
Huller Fischerschiffe höchst unwahrscheinlich ist.

Russland.

Die Streikbewegung unter der Arbeiterschaft
Russlands ist im allgemeinen im Abflauen begriffen,
nur in Polen ist die Lage noch eine gefährliche, speziell
in Warschau. In Moskau und Liban waren Plakate
angehängelt worden, wonach englisches Gold bei den
russischen Arbeiterunruhen eine Rolle gespielt haben sollte.
Der englische Votschafter in Petersburg, Hardings,
protestierte energisch gegen diese Anschuldigung, indem er
erklärte, ein solches Vorgehen könnte nicht verfehlen, die
freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern
ernstlich zu gefährden. Der Minister des Auswärtigen,
Graf Lambdorski, schickte dem englischen Votschafter eine
Erklärung, worin er sagte, der Minister des Innern
habe die vollständige Entfernung der Plakate angeordnet
und er versichere ihm, dass die Sicherheit des General-
konsuls und der englischen Kolonie in Moskau gewähr-
leistet werde.

Philippinen.

Der deutsche Kreuzer „Fürst Bismarck“, welcher
12 Tage in Manila weilte, hat am Montag die Haupt-
stadt der Philippinen wieder verlassen, mit dem Chef des
Kreuzergeschwaders, von Prittwitz und Gaffron, an Bord.
Während der Anwesenheit des Kreuzers in Manila ver-
anstalteten die Spitzen der dortigen Zivil-, Armees- und
Marinebehörden glänzende Festlichkeiten zu Ehren der
deutschen Gäste.

Ostasien.

Ueber die Kämpfe zwischen den Russen und
Japanern bei Sandepu, südlich von Mukden, liegen
von beiden Seiten sich direkt widersprechende Meldungen
vor, in denen sich beide Teile den Sieg zuschreiben.
Nach einer Depesche des Reuters-Korrespondenten bei der
Armee Ostus vom 29. Januar indessen haben die Japaner
die Russen wieder über den Hunho zurückgetrieben, worauf
die japanische Artillerie die Beschließung des Feindes auf
der ganzen Linie von Sonntag nachmittags bis Montag
mittag fortsetzte. Die Russen antworteten nur schwach.
Die Japaner suchen nunmehr, wie diese Depesche weiter
mitteilt, Kuropatkins rechte Flanke zu überflügeln.